

Ein Vertrag für die Bürger?

Der neue Elysée-Vertrag sollte über die bisherigen Austauschprogramme hinausgehen

Von Audrey Parmentier*

» Der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 sollte ausdrücklich nicht nur ein von den Staatschefs beschlossener Vertrag sein – sondern ein Text, der die Bürger einander näher bringt. Das war auch der Grund, warum Charles de Gaulle und Konrad Adenauer das deutsch-französische Jugendwerk gründeten. 55 Jahre später betont auch die gemeinsame EntschlieÙung der Parlamentarier der Nationalversammlung und des Bundestages den Wert, den Austausch und Mobilität zwischen junger Menschen in beiden Ländern haben. Was erwarten junge Franzosen und Deutsche von einem neuen Elysée-Vertrag? Und diejenigen, die zum Teil seit Jahren den Schul-, Hochschul- und Berufsaustausch zwischen Frankreich und Deutschland organisieren?

Daniel Roques, Mitglied im babop e. V., dem Berliner Arbeitskreis für Politische Bildung, ist seit mehr als 10 Jahren im deutsch-französischen Austausch engagiert. Durch das deutsch-französische Jugendwerk (OFAJ) habe sich der gegenseitige Austausch stark entwickelt – sowohl was den Austausch von Jugendgruppen angeht als auch die individuelle Teilnahme an Austauschprogrammen. Allerdings stellt der ausgebildete Erzieher auch fest, dass nach wie vor mehrheitlich vor allem Schülerinnen und Schüler an den Austauschprogrammen teilnehmen würden. Und das trotz des erklärten Willens, auch junge Menschen mit geringeren Mitteln und Möglichkeiten stärker zu beteiligen. Für Roques geht es darum, etwas weniger Gewicht auf den individuellen Austausch zu legen. Vielmehr sollten gezielt Sozialarbeiter oder Verbände angesprochen werden, um junge Menschen zu erreichen, „die es etwas weniger gewohnt sind, sich über diese Art von Programmen zu informieren, oder die es nicht einmal wagen, sich vorzustellen, dass sie daran teilnehmen könnten.“

Für Yoan Vilain, Studienleiter an der Humboldt European Law School, „bleibt der attrak-

tivste Weg für Studierende das integrierte Austauschprogramm der Universitäten, denn so werden die im Ausland erzielten Noten im Herkunftssystem anerkannt“. Der ehemalige Doktorand am Forschungszentrum Marc Bloch in Berlin will die Austauschprogramme für die englischsprachige Welt öffnen – schließlich sei Englisch eine unverzichtbare Kompetenz am Arbeitsmarkt. So ermöglicht die European Law School Studierenden von fünf Universitäten ein Studium in drei Ländern: Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Für Vilain ist es wichtig, am Ziel festzuhalten, die Sprache des Partnerlandes gut zu beherrschen, „weil es das Tor zu einer ganzen Welt ist“. Gleichzeitig aber sei es notwendig, den Rückgriff auf die englische Sprache im Austausch zu ermöglichen. „Es reicht nicht aus, sich auf diejenigen zu beschränken, die aufgrund ihrer Sozialisation bereits Zugang zu zweisprachigen Klassen haben“, erklärt er.

Der gemeinsame Beschluss der Abgeordneten der Nationalversammlung und des Bundestages zur Neufassung des Elysée-Vertrags fordert die Regierungen beider Länder auf, bilinguale Klassen sowie Schulen zu schaffen, die es den Schülern

* Audrey Parmentier ist Redakteurin bei *Dokumente/Documents*.

ermöglichen, sowohl das französische als auch das deutsche Abitur zu absolvieren. Daniel Roques betont noch einmal, dass diese Klassen bisher nicht überall eingerichtet werden, sondern dass sie im Moment eher Privilegierten vorbehalten seien. Ideal wäre es aus seiner Sicht, an allen Schulen zweisprachige Klassen zu schaffen, damit jeder Zugang zu ihnen habe.

Tatsächlich sei die Nachfrage viel größer als das Angebot, stellt Catharina fest, die in Berlin lebt. Dort können 60 % der Kinder, die in eine zweisprachige Klasse gehen möchten, dies nicht tun, da es keine solchen Klassen gibt. Sie seien nicht die Priorität des Berliner Senats. Catharina, die als Anwältin mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien arbeitet, nahm am Deutsch-Französischen Zukunftsdialog teil, einem Programm, das 2007 mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung ins Leben gerufen wurde, um ein Netzwerk von jungen Menschen zu schaffen, die in beiden Ländern aktiv sind. Diese Erfahrung ermöglichte es ihr nicht nur ihre Verbundenheit mit Frankreich zu stärken, sondern auch konkrete neue persönliche und berufliche Kontakte zu knüpfen. Catharina räumt ein, dass heute vielen jungen Menschen das jeweilige Nachbarland Frankreich und Deutschland möglicherweise etwas langweilig oder zu naheliegend erscheine – und stattdessen Ziele bevorzugen, die exotischer seien oder eine „größere wirtschaftliche Dimension“ haben.

Wäre die Öffnung des deutsch-französischen Austauschs für andere Länder eine mögliche Lösung? Für Daniel Roques, der bereits zahlreiche deutsch-französische Jugendtreffen mit einem Drittland, insbesondere Algerien oder Marokko, organisiert hat, besteht daran kein Zweifel. „Ich bin überzeugt“, erklärt er, „dass die Präsenz eines anderen Landes es ermöglicht, aus dem Muster der deutsch-französischen Begegnung herauszukommen. Und sich damit auch von einem Ansatz zu verabschieden, der leider immer noch sehr präsent ist: nach dem die Franzosen lernen werden, was deutsche Kultur ist und umgekehrt.“

Aber es gibt immer noch viele Hindernisse, angefangen mit den institutionellen und bürokrati-

schen Hürden. „Einige Ansprechpartner im deutsch-französischen Jugendwerk“, sagt Daniel, „haben den Wert einer solchen Öffnung nicht erkannt.“ Ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten bei der Visumerteilung beim Austausch mit Ländern, die nicht zum Schengen-Raum gehören. Viele junge Menschen in diesen Ländern erhielten kein Visum, und die betreffenden Länder erteilten auch immer weniger Visa für junge Europäer. Nicht zuletzt muss das Budget größer sein, wenn man diese Austauschprogramme ermöglichen will. Laut Roques sollte der neue Elysée-Vertrag diese Tatsache berücksichtigen.

Die Abgeordneten beider Parlamente fordern in ihrer Erklärung vom Januar die beiden Regierungen auf, deutsch-französischen Praktikanten einen klaren Status als Praktikanten zu geben. Auch wenn das für Catharina eher eine Formalität ohne große inhaltliche Bedeutung ist, da alle von ihr selbst in Frankreich absolvierten Praktika reibungslos verlaufen seien dank der bereits bestehenden Harmonisierung der Regelungen auf europäischer Ebene, so sehen die meisten deutsch-französischen Akteure die Schaffung eines solchen klaren Status‘ als einen Fortschritt an.

In diesem Zusammenhang weist Yoan Vilain darauf hin, dass ein französischer Student, der ein Praktikum in Deutschland machen will, bisher keinen Praktikumsvertrag erhält. Es sei das Deutsch-Französische Jugendwerk, über das er den Status als Praktikant erhalte, der für alle weiteren Formalitäten bezüglich seines Praktikumsaufenthalts wichtig ist. Hinzu kommen weitere administrative Formalitäten, die nicht immer einfach zu erfüllen sind. Für den Juristen und Lehrbeauftragten an der Humboldt-Universität ist deshalb die Einrichtung eines Status für deutsch-französische Praktikanten eine wichtige Grundlage. Universitäten seien gefordert, den Studierenden Kontakte zu vermitteln, um ihnen bei ihrem Vorhaben zu helfen, insbesondere bei der Suche nach einem Unternehmen, das sie aufnimmt, und bei der Nachbereitung. Die European Law School, deren Studienleiter Yoan Vilain ist, hat deshalb ein Netzwerk entwickelt, das junge Menschen ermutigen soll, ihre beruflichen Erfahrungen im Aus-



© BILD-GÜZ

Eine Jugendbegegnung im Deutsch-Französischen Zentrum in Wasserburg/Bodensee

land an andere weiter zu geben. Denn das seien Erfahrungen, die nach Ansicht von Yoan Vilain zu den fruchtbarsten und vielversprechendsten gehörten.

Für Daniel Roques entsteht so ein Mehrwert, der über den reinen Austausch hinausgeht. Vorausgesetzt, dieser neu zu schaffende Status sei nicht nur als wirtschaftliche Maßnahme gedacht, durch die es möglich sein solle, französische Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen und umgekehrt – sondern als Maßnahme, die dem Gedanken nach Öffnung und sozialem Lernen verpflichtet ist. Aus Sicht von Roques wäre das wünschenswert. Roques fragt sich auch, wer von diesem Praktikantenstatus vor allem profitieren wird. „Junge Gymnasiasten?“, fragt er. „Das sind diejenigen, die das am wenigsten brauchen“, meint er. Schließlich hätten Gymnasialschüler bereits jetzt guten Zugang zu Schulaustauschprogrammen. Um auch andere Zielgruppen zu erreichen, sollte der erneuerte Elysée-Vertrag aus Sicht von Roques alle Formen der Mobilität fördern. Ein erster Schritt war die Verleihung des De Gaulle-Adenauer-Preises 2017 an die Berufsschulen Kehl. Bei der Preisverleihung betonten die beiden Be-

auftragten für die deutsch-französischen Beziehungen, der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, sowie die französische Europaministerin, Nathalie Loiseau: das europäische Mobilitätsangebot solle sich nicht nur an Studenten richten sondern an alle jungen Menschen, Auszubildende und Berufseinsteiger sollten gleichermaßen von einem gemeinsamen Europa profitieren.

Alle deutsch-französischen Akteure sind sich einig: Der aktualisierte Vertrag des Elysée sollte über rein politische bilaterale Beziehungen und über die Zielgruppen hinausgehen, die sich bereits jetzt für seine Sache einsetzen. Für den wissenschaftlichen Austausch, so Yoan Vilain, sei die Ausweitung der Austauschprogramme auf englischsprachige Länder unerlässlich. Für Catharina sollte es ein Modell sein, von dem andere Länder lernen könnten. Für Daniel Roques ist es wichtig, sich in Europa und in der Welt gemeinsam zu positionieren. Die deutsch-französische Achse, die deutsch-französische Freundschaft, sei ein wirkungsvoller Hebel, „um diese Öffnung zu ermöglichen“, erklärt er.